

Basel, 17. November 2011

Medienmitteilung

Spitalgesetz BL:

Unsichere Zeiten für Patienten und Personal!

Die vom Landrat beschlossene Spital-Vorlage weicht in ganz wesentlichen und für den vpod entscheidenden Punkten in Bezug auf die Anstellungsbedingungen von der regierungsrätlichen Ursprungsvorlage ab. Damit wird auch die Qualität der Versorgung in Frage gestellt!

Schon alleine die Umstellung auf die neue Spitalfinanzierung mit der neuen Abrechnung mit Fallpauschalen bedeutet eine Herausforderung für die Spitäler als Institutionen und für die Mitarbeitenden - der Druck auf das Personal wird verschärft. Es braucht nicht noch mehr Baustellen und Unsicherheiten – insbesondere nicht bei den Anstellungsbedingungen. Das Parlament hätte es in der Hand gehabt, den Spitalleitungen, resp. dem Verwaltungsrat verbindliche Aufträge und Auflagen in Bezug auf die Ausgestaltung der künftigen Arbeitsbedingungen zu erteilen.

Diese Chance wurde heute verpasst!

Das Ziel der bürgerlichen Mehrheit ist offensichtlich: Deregulierung und schrittweise Privatisierung der Gesundheitsversorgung. Damit verbunden ist eine beabsichtigte Verschlechterung der Anstellungsbedingungen. So fehlen denn im neuen Gesetz verbindliche Vorgaben für einen GAV. Der vpod fordert einen öffentlich-rechtlichen GAV auf Basis der kantonalen Personalgesetzgebung.

Der vpod ist überzeugt: Die Verantwortung für die Gesundheitsversorgung im Kanton darf nicht bei hochbezahlten Verwaltungsräten, CEOs, Krankenkassen und überloyalen Kadern liegen, sondern bei denen, die die Gesundheitsversorgung bezahlen: bei PatientInnen, PrämienzahlerInnen, SteuerzahlerInnen resp. StimmbürgerInnen. Bei einer so wichtigen gesundheitspolitischen Weichenstellung soll und muss der Souverän das letzte Wort haben.

Für weitere Informationen:

Urs Müller, Präsident vpod region basel 079 507 46 88

Susanne Nese, Gewerkschaftssekretärin 076 347 41 99